

Jungarbeiter verlangen menschewürdige Unterfützung

Gelder der Reichsanstalt für das „Notwerk“ — Kampf der faschistischen Beeinflussung!

Für einen Zeller Suppe lassen Hunderttausende erwerbslose jugendliche Arbeiter von faschistischen Bürokraten zu täglich 4 Stunden Zwangsarbeit und zu faschistischem Drill eingezwungen werden. Jetzt wird noch amtlich mitgeteilt, daß dieses „Notwerk der deutschen Jugend“ vom Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenunterstützung, Herrn Kälin, der schon in Stuttgart auf seinem früheren Posten der eifrigste Förderer der Arbeitsdienstpflicht war, durchgeführt werden soll. Das deutet darauf hin, daß die Mittel der Reichsanstalt, die schon bisher zur Finanzierung des Arbeitsdienstes mißbraucht worden sind, auch noch zur Finanzierung des „Notwerkes der deutschen Jugend“ verwendet werden sollen.

Die Mittel der Reichsanstalt werden durch Beiträge aufgebracht, die Leistungen der Reichsanstalt werden immer mehr gekürzt. Die Besuchsleiter der Arbeitslosenunterstützung wurde von 26 Wochen auf 6 Wochen herabgesetzt. Die Arbeiterenschaft erhebt den schärfsten Protest dagegen, daß die Mittel für den faschistischen Arbeitsdienst und das sogenannte „Notwerk“ verwendet werden. Sie fordern höhere Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslosen und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, insbesondere eine menschenwürdige Unterfützung für alle erwerbslosen Jungproletarier.

SPD klärt Beifall

Die SPD-Kreise, voran das „Volksblatt“, ist mit dem reaktionären faschistischen „Notwerk“ natürlich einverstanden. Das „Volksblatt“ schreibt, daß zwar mit diesem Jugend-Notwerk die Gefahr einer Beeinflussung der Jugend (17) gegeben ist, aber man müsse eben, darauf achten, daß sich hier der Einfluß der Arbeiterbewegung durchsetzt. Am selben Sinne nimmt auch die letzte „Jugendbanner“-Beilage des „Reichsbanner“ dazu Stellung und schreibt zu den verschiedenen Formen des Arbeitsdienstes:

„Von richtigen Menschen geführt, kann er zu einem wertvollen Kampfmittel für unsere notleidende

Jugend werden.“ Dann heißt es, daß man sich deshalb „nicht auskatheten dürfe“.

Wieder einmal steht also SPD und Reichsbanner-Führung mit Hindenburg in einer Front zur Faschisierung der Jugend. Darüber können alle schönen Phrasen von „Beeinflussung“ nicht weghelfen.

Eine Antwort der Jugend Arbeitsdienst Rabeninsel aufgelogen!

Aus dem Arbeitsdienstlager Rabeninsel bei Halle schreiben uns mehrere Beteiligte:

Dieser freimüthige Arbeitsdienst ist hier schon in ein anderes Stadium gerückt: Hier sind Unternehmer eingeschaltet, nämlich Zimmermeister Knoche und Zimmermeister Menckling, beide fromme Nationalsozialisten. Diese Leute hatten den Auftrag, mit den Jungarbeitern dem freimüthigen Arbeitsdienst zwei Eriden zu bauen. Es wurden zwei Abteilungen gebildet. Die eine Abteilung bestand aus Faschisten, nämlich Zimmermännern und die andere aus anderen Handwerkern. Diese Zimmerleute kamen auf den Hofplatz zu dem Unternehmer Menckling, um das Holz, das die andere Abteilung aus der Seebe dorthin transportierte, zu verarbeiten. Nun erlösen eines Tages ein gewisser Herr Kling aus den Jugendverwaltern auf dem Platz, um den Rabeninselnhof einzuführen. Er rechnete jedoch nicht mit dem Widerstand der organisierten Jungarbeiter und erhebt eine entsetzliche Amtsmacht. Daraufhin wurden zwei Jungarbeiter entlassen. Aber alle Anwesenden erklärten sich mit dem Entlassen solidarisch, und so zog man geschlossen zu den Jugendverwaltern. Die Gleichgültigkeit erregte die Widerstandsbewegung der Seebe. Am anderen Tage aber ließ man das ganze Lager auflösen. Es blieb man malle eine Pause eintreten lassen, und wer wieder eintreten „dürfte“, frage bis 2. Januar Beifeld. So soll nun ein Lager aus lauter „Zwecklosen“, die sich den Drill gefallen lassen, zusammenkommen. Jungarbeiter! Augen auf! Klärt die Unwissenheit auf! Macht sie zum Kampf bereit! Mehrere Arbeitsdienstleistwillige.

Kommunisten stellen die Tolerationen

Wie bereits gemeldet, hat der Nazi-Reichstagspräsident Göring den Reichstagsrat des Reichstages zum 4. Januar einberufen. In dieser Sitzung wird die kommunistische Fraktion beantragen, den Reichstag zum 9. Januar mit folgender Tagesordnung einzuberufen: Winterhilfe, Aufhebung der Notverordnung vom 14. März, Mißtrauensanträge gegen die Schleicher-Regierung.

Die Nazis bemühen sich krampfhaft, den Zusammenritt des Reichstages immer wieder hinauszuschieben. Sie wollen auch gegen die Einberufung am 9. Januar kämpfen. Die SPD wird zwar für die baldige Einberufung stimmen, lehnt es aber ab, die Mißtrauensanträge zu behandeln, um den Separat-Rurs beider durchzuführen zu können. Nur die Kommunisten führen inner- und außerhalb des Parlaments einen unerschütterlichen Kampf gegen die Schleicher-Regierung.

Die Beerdigung des von der Schupo erschossenen Genossen Küderer, Hamburg

Massenaufmarsch der Betriebe, Stempelstellen und Antifaschistischen Schutzstaffeln

Am Freitag, dem 23. Dezember, gab die Hamburger Arbeiterenschaft dem erschossenen Genossen Albert Küderer in vorbildlicher Solidarität die letzte Ehre. Das Begräbnis gestaltete sich zu einem Massenaufmarsch der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter, wachstümliche in geschlossenen Folgen aufmarschierten. Am Morgen brachen die Vertreter der Bezirksleitung der SPD, der Reichsleitung des Verbandes der Eisenarbeiter und Sozialisten, ein Vertreter der entlassenen Gefangenen und des Bezirkskomitees der Roten Hilfe. Nach der Beerdigung zogen die Arbeiter unter dem Gesang revolutionärer Lieder in ihre Wohnquartiere zurück.

Demonstrationen von Kleinbauern

In Odenbach kam es am Donnerstag, dem 15. Dezember, zu einer Demonstration der kleinen Bauern aus Runkeln, St. Johannes, Stuttgart, Weidenmahe und Greifmahe, die sich bereits vorher zur Mobilisierung einer einheitlichen Front ein Bauernkomitee geschaffen hatten. Die Demonstration marschierte nach dem Landratsamt in Hefenag. Unterwegs schlossen die Erwerbslosen aus den verschiedenen Orten und auch von Hefenag selbst der Demonstration an. Voran wurde eine rote Senfensonne getragen. Auf dem Landratsamt selbst wurde durch eine Delegation sowohl die Forderungen der Kleinbauern als auch der Erwerbslosen überbracht.

SPD-Brotat verhaftet

Der befristete Direktor der WBS, Fritz Brotat, ist am Dienstag unter Weidensperdacht verhaftet worden. Brotat, immer noch prominentes Mitglied der SPD, hatte im Strafprozess unter Eid angefangen, daß er von den Einsatzern keine Geschenke genommen habe, daß er diese Geschenke kaum fenne usw. Schließlich wurde dem ehrenwerten SPD-Führer nachgewiesen, daß er sich durch die Einsatzern Beträge und Anzüge besorgte ließ.

Zwei Kinder vom System gemordet

Berlin, 28. Dezember.
Gestern Abend geriet die Wohnstube des Arbeiters E. in einer Laubentlohnung an der Landsberger Chaussee in Brand. Die Feuerwehre konnte nichts mehr retten. Zwei Kinder der Familie, ein vierjähriges Mädchen und ein zweijähriger Junge, verbrannten und wurden verätzt in einer eisenen Schüssel aufgefunden. Diese beiden Arbeiterkinder wurden ebenso vom System gemordet wie der vier Wochen alte Säugling des Elektromonteurs L., der, wie wir berichteten, am „Goldenen Sonntag“ von seinem Schwelger, mit dem er in einem Bett schlief, erdrückt wurde. Wohnungsverhältnisse, Erwerbslosigkeit sind die Ursachen dafür, daß in diesem kapitalistischen System Hunderte von Arbeiterkinder eben zugehende Kinder müssen, denn in einer Villa am Kurfürstendamm dürfte sich kaum etwas Derartiges ereignen.

„Volksblatt“ sucht Dumme

Wie die SPD der Zwangs-Kommissar in Teuchern rechtlerig

Wir haben bereits berichtet, daß der Regierungspräsident einen unerhörten Schlags gegen die Arbeiterinnen von Teuchern geführt hat. Nachdem unser Genosse Erich Bechtel zweimal gewährt und jedesmal durch den Bezirksausführer abgelehnt worden war, wurde jetzt zwangsweise gegen den Willen der Teucherner Bevölkerung ihr ein kommunifischer reaktionärer Bürgermeister auf die Knie gesetzt.

Was hat das „Volksblatt“ aber zu dieser unerhörten Bräufierung der Teucherner Einwohner zu sagen? Es schreibt: „Die Folge kommunifischer Unwissenheit“.

Schäme sich die SPD mit der SPD auf die Arbeit der Sozialdemokraten zu setzen, wäre es nicht zu der Bildung der Selbstverwaltung in Teuchern gekommen. Die proletarischen Einwohner werden mit diesem Erfolg kommunifischer „Revolutionen“-Politik nicht sehr zufrieden sein.

Also wenn die letzten Reste der sogenannten „demokratischen Volkswirtschaft“ von der Reaktion mit Füßen getreten werden, dann ist das die Folge kommunifischer Unwissenheit und das „Volksblatt“ empfindlich solche reaktionären Streiche gegen die Arbeiter noch.

Wir rufen die Teucherner Einwohnerchaft auf, mit uns zu kämpfen gegen die reaktionäre Kommunifischer Politik. Was es mit dem Zwangs-Kommissar in Teuchern zu tun hat, die Mehrheit der Schaffenden Teuchern gewählte Genosse Bechtel muß durchgesetzt werden.

Eine Hehmeldung des Lügen-„Vorwärts“

(Eig. Drahtmeld.) Berlin, 28. Dezember.

Der „Vorwärts“ von heute morgen leistet sich wieder einmal eine Schuftigkeit gegen die Arbeiter, indem er behauptet, daß das vor einigen Tagen in Bortrop verübte Attentat gegen einen Bergmann von kommunifischen Arbeitern ausgeführt worden sei. Es liegt nicht der Schatten eines Beweises für diese Behauptung gegen Arbeiter vor, was selbst die bürgerliche Presse zugeben muß.

Roter Betriebsrat gemäßigert!

SPD-Betriebsrat hält die Anklagerede

Vor dem Arbeitsgericht in Hamburg stand dieser Tage der rote Eisenbahn-Betriebsrat von der Eisenbahnwerkstätte Dohndorf, der gemäßigert wurde, weil er zur Verhinderung des Lohns und Arbeitsbedingungen keine Zustimmung verweigert hatte. Der Betriebsrat hatte den sozialdemokratischen Betriebsrat zum Mitherringer mitgebracht, der die Anklagerede gegen Thiele hielt, so daß der Betriebsratverreter nur folgende Worte zu sagen brauchte: „Ich beantrage, antwortungslos zu entscheiden.“ Das Arbeitsgericht befristete die kritische Entlassung des roten Betriebsrates.

Für alle Arbeiter heißt es, dafür zu sorgen, daß bei den kommenden Betriebsratwahlen nur solche Kollegen gewählt werden, die im Kampf gegen Lohnraub und Verfestigerungen für die Interessen ihrer Kollegen eintreten.

30 hungernde Berliner

wollten allein Weihnachten dem Leben in Hunger-Deutschland entfliehen

Unlängst geflüchte Arbeiter über die 14 Selbstmörder in der Weihnachtsnacht hat sich als viel zu optimistisch herausgestellt. Nach der letzten Zusammenkunft der Berliner Polizei haben an dem „Fest der Liebe“ 30 Personen in Berlin Selbstmord verübt oder versucht. Eine Anzahl konnte von Polizei und Feuerwehre „gerettet“ werden.

Sprechstunde in Weiskensels

WBS meldet aus Weiskensels: Am Freitag nachmittag bildeten sich in der Zehdenitzer am mehreren Stellen Sprechstunde der SPD. Viele Personen wurden versorgt.

So sieht die Wirtschaft, „Ankurbelung“ aus

Reposoldshaus, 28. Dezember.

Die Dachpappenfabrik Malchow hat ihren Betrieb vollständig stillgelegt, da auf dem Baustoffmarkt keinerlei Aufträge bestehen. 88 Mann sind sofort entlassen worden.

Neuhaldensleben, 28. Dezember.

In der Steingut- und Handschuhfabrikation, die hier die Hauptindustrie bildet, sind größere Entlassungen angehängt. In einem Steingutbetrieb wurde bereits 50 Arbeitern die Kündigung zugeföhlt. Weitere Entlassungen sind vorgesehen.

Die Not der Kleingewerbetreibenden

Bitterfeld, 28. Dezember.

Am gestrigen Dienstag fand man Willi Schiffer, den Besitzer einer Fahrradhandlung in Jöhrenwitz, mit abgefahrenem Kopfe tot auf den Schienen der Eisenbahn. Es wird angenommen, daß die schlechte Lage seines Geschäftes und die Auslosigkeit auf Besserung in den Tod getrieben hat.

Streiks und Massenkämpfe in Spanien

Der Kampf der spanischen Arbeiter und Erwerbslosen

Madrid, 26. Dezember.

Die Typographen von Sevilla sind in den Streik getreten. Seine einzige Zeitung ist erloschen. Trotzdem die Regierung dieses Streik für illegal erklärt hat, hat sich kein Streikbrecher gefunden.

Weiter fand in Granada eine große Erwerbslosenfundgebung statt, die durch verschiedene Straßen bis zum Rathaus zog, wo die Erwerbslosen Arbeit und Brot forderten. Verschiedene Lebensmittelgeschäfte wurden gestürmt und geplündert. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen den Arbeitslosen und der Zivilgarde. Ein Arbeiter wurde verumundet.

Auch in Bilbao fanden Straßentumfahrungen der Erwerbslosen statt. Ein Galtsau wurde gestürmt und die Erwerbslosen bemängelten sich der Lebensmittel. Ein junger Erwerbsloser wurde verhaftet.

In Almonte (Guadalquivir) besetzte eine Gruppe von 150 Landarbeitern einen reichen Bauernhof. Starke Kräfte der Zivilgarde wurden in diesem kleinen Dorfe konzentriert. Ueber zwanzig Arbeiter wurden verhaftet.

Stürmische Erwerbslosendemonstrationen in Warschau

Warschau, 26. Dezember.

Seit einigen Tagen finden in Warschau stürmische Erwerbslosentumfahrungen statt. Eine Gruppe Erwerbsloser drang in eine Lebensmittelhandlung in der Polissanstraße ein und nahm zahlreiche Lebensmittel mit. Auch in anderen Stadtteilen wurden zahlreiche Lebensmitteldepots gestürmt, wobei Schaufenster eingeschlagen wurden. Die Kundgebungen dauern noch in zahlreichen Stadtteilen an; dies trotz härtesten Polizeigebots. Polizeikräfte, Pistolen zu Fuß und zu Pferde durchstreifen alle Straßen. Besonders das Geschäftsviertel ist stark besetzt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen und zwei Erwerbslose bereits vor das Kriegsgericht gestellt.

Schreckensurteile in der Türkei

(Eig. Draht.) Konstantinopel, 28. Dezember.

Nach monatlangen Verhandlungen in dem großen Kommunistenprozess der unter Aufsicht der Öffentlichkeit geführt wurde, und zwar gegen 36 Arbeiter und Arbeiterinnen, wurde nunmehr das Urteil gesprochen. Bei 18 erfolgte Freispruch, 17 Arbeiter und Arbeiterinnen erhielten Gefängnisstrafen von 4 bis 7 Jahren. Unter den 4 Jahren Verurteilten befindet sich auch die deutsche Arbeiterin Wilhelmine. Entschäft den Protest gegen die Sentenzurteile.



Proletarischer Internationalismus schlägt imperialistische Kriegstreiber!

Rede des Genossen Henri Barbusse auf der Tagung des Weltkomitees

Das Weltkomitee gegen den imperialistischen Krieg hat seine Tagung in Paris beendet. Wir haben bereits die wichtigsten Beschlüsse, die auf dieser Tagung gefasst wurden, veröffentlicht. Nachstehend bringen wir auszugsweise die ausführliche Rede des Genossen Barbusse über die internationale Lage.

Der Kriegsschuldenkonflikt

Der Schaffen des letzten Krieges ist noch immer auf den Wälzern. Man fordert die Bezahlung der Kriegsschuldenlasten. Es ist nicht mehr Deutschland, das zahlen soll und es ist auch nicht mehr Frankreich, sondern es sind die Vorkriegsländer in allen Ländern, denen man die Sozialversicherung, die Gehälter, die Löhne und die Renten radikal kürzen will. Das Proletariat, das schon den Krieg mit seinem Blute bezahlt hat, soll jetzt auch noch mit seinen Söhnen die Bezahlung der imperialistischen Kriegsschulden in Ordnung bringen. Man kann nicht von Frieden sprechen, solange nicht durch völlige Streikung aller Schulden und aller Reparationen der vorige imperialistische Weltkrieg liquidiert ist. Diese Liquidation kann aber nur dann vorgenommen werden, wenn die internationale Kraft der Arbeiter und der Werktätigen die räuberischen Verträge der imperialistischen Mächte zerreißt.

Die Gegenläufe zwischen dem französischen und deutschen Imperialismus

Der „konstruktive Sicherheitsplan“ der französischen Regierung ist im Grunde genommen nichts anderes als ein Plan zum militärischen Zwang in ganz Europa (selbstverständlich ausgenommen die Sowjetunion). Der Plan bezweckt, wieder eine Vorkriegsordnung des Weltalls zu schaffen. Dieses Vorkriegsregime aber ist die Quelle neuer imperialistischer Konflikte. Seine Bestimmungen schützen den Chauvinismus, wie z. B. in Deutschland und Polen. Man präsentiert eine Art von militärischem Bündnis, das die Lösung in einer „Annäherung“ zwischen Deutschland, Frankreich und Polen sieht, während in Wirklichkeit die Gegenläufe und Feindschaften zwischen diesen imperialistischen Staaten bestehen bleiben. Die einzige Grundlage eines solchen Bündnisses ist der gemeinsame Kampf gegen die Arbeiterklasse und gegen den Arbeiter und Bauernkämpfer.

Eine wirkliche Sicherheit kann nur herbeigeführt werden durch eine Verdrängerung der Werktätigen dieser Länder auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes gegen die soziale und nationale Unterdrückung. Wir werden den Kampf für folgende Forderungen fortsetzen: Vernichtung des Vorkriegsvertrages, Zerstückelung der Kriegsbudgets, sofortiger Kampf gegen jede chauvinistische Propaganda und gegen jede Zusammenarbeit der Generalstäbe Frankreichs, Deutschlands und Polens. Wir werden zur Organisierung dieses Kampfes eine Unterkommission ansetzen, einen Überwachungsstab, der die Aufgabe hat, die Entwicklung der Beziehungen zwischen den französischen, deutschen und polnischen Imperialisten zu kontrollieren und den Gegenangriff gegen die Imperialisten zu führen.

Der Krieg im Fernen Osten

Genosse Barbusse schildert eingehend den Ausbruch Japans, wobei er an Hand von Zitaten aus der Rede des japanischen Delegierten beim Völkerbund, Masuda, die Ziele des japanischen Imperialismus klarlegt. Dieser japanische Imperialismus ist auch der Ägypten-Vertrag. Niemand würde durch eine Untersuchungskommission des Völkerbundes eine Lösung des ungeheuren Kriegesproblems im Fernen Osten erfolgen. Der Ägypten-Vertrag legt den Nachdruck auf die Wiederherstellung der kapitalistischen

„Ordnung“ in China und auf die Vernichtung der Sowjetrevolution.

Im Vordergrund der Weltpolitik, so erklärte Genosse Barbusse weiter, steht jetzt die Frage des Stillens Ozeans, wo sich die imperialistischen Gegensätze bereits zum offenen Zusammenstoß zu lösen beginnen. Der Krieg zwischen Japan und China ist der Auftakt eines Krieges von weit größerem Ausmaß. Der Völkerbund ist völlig unfähig, die Frage des Krieges zu lösen, denn er ist nichts anderes als ein Verwaltungsausschuss der imperialistischen Großmächte. Wir werden im kommenden Frühjahr im Fernen Osten einen Kongress organisieren und eine Untersuchungskommission entsenden, die die ganze Wahrheit über dieses Kapitel des neuen Weltkrieges sagen wird.

Der Krieg in Südamerika

In Südamerika ist die Kriegsgefahr viel drohender, als es bisher den Massen der Werktätigen bewußt geworden ist. Eine

Ein Sieg von großer Bedeutung

Walzwerk Kusnezki liefert Schienen für den sozialistischen Aufbau — Die Wandlung Sibiriens aus einer Strafkolonie des Zarismus in ein Land sozialistischer Zivilisation

Moskau, 27. Dezember. Das Land der proletarischen Diktatur hat einen neuen gewaltigen Sieg errungen. Unter Führung seiner sozialistischen Partei hat das Proletariat der Sowjetunion in diesen Tagen die Erwerbung eines neuen Abschnittes des fünfjährigen Planes in der Geschichte seines heldenhaften Kampfes um den Sozialismus zu buchen. Die Walzwerke des Kusnezker Kombinats haben Mitte Dezember die ersten Schienen geliefert.

Damit ist die vom 16. Paritätstag der KPdSU beschlossene Schaffung einer zweiten Hüttenanlage im Osten nicht nur Wirklichkeit geworden, sondern nimmt bereits im Wirklichsein das proletarische Sibirien einflussreiche Veränderungen vor. Das Eisen der Magnitogorsker Höfen, der Stahl aus Kusnezki tritt in immer größeren Mengen in den Bauten des fünfjährigen Planes. Zu den wichtigsten Betrieben des Kusnezker Kombinats gehört das Walzwerk, das zu den größten Werken in der Welt überhaupt gehört und das größte Walzwerk Europas ist.

Die Bedeutung der Produktion dieses Walzwerkes für den Sozialismus ist ungeheuer. Die Aufnahme der Schienenproduktion in Kusnezki bedeutet einen Wendepunkt im Ausbau des gesamten Eisenbahntransportes der Sowjetunion. Die Schwerlasten des Eisenbahntransportes sind nicht zuletzt auf die ungenügende Schienenproduktion der sowjetischen Walzwerke zurückzuführen. Das Kusnezker Walzwerk wird alle Typen von Schienen, Unterlagen, Profilen, Balken erzeugen und zwar in größeren Mengen, als die größten amerikanischen Schienenwerke. Damit wird der Eisenbahntransport der Sowjetunion in der Lage sein, das gesamte abgenutzte Schienennetz zu erneuern und damit eine der größten Schwierigkeiten zu überwinden.

Dieser Sieg hat noch größere Bedeutung dadurch, daß er einen neuen Beitrag zur Industrialisierung Sibiriens darstellt. Das gewaltige Land vom Ural bis zum Stillen Ozean, fünfmal so groß wie ganz Europa, war unter dem Zarenregime so gut wie überhaupt nicht erschlossen. Erst die Sowjetmacht hat die ge-

waltige Bedeutung dieses reichen Landes begriffen und beginnt nun seine Reichtümer für den Sozialismus nutzbar zu machen. Die in Sibirien geschaffene Hüttenanlage verändert das ganze Gesicht dieser ehemaligen Strafkolonie des zarischen Zarenismus. Auf der Grundlage einer modernen Schwerindustrie entstehen neue Städte, ändern die alten ihr bisheriges Antlitz.

Ein amerikanischer Ingenieur, der an der Montage der Walzwerke in Kusnezki mitgearbeitet hat, sagte: „Nach nur drei Jahren hätten es viele Ausländer für unmöglich, unter sibirischen Verhältnissen derartige Industriebetriebe aufzubauen. Sibirien war schon der letzte Ort, wo man geneigt war, zur Arbeit zu gehen.“ Und jetzt gehört dieser Amerikaner zu den Enthufenen des sozialistischen Aufbaues. Im Lande des sozialistischen Aufbaus haben tausende ausländische Arbeiter und Fachleute gelernt, daß „die Arbeit eine Sache der Ehre, des Ruhmes und des Selbstwertes“ ist.

Genosse Barbusse schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wir wollen überall dort auf unserem Kampfsfeld sein, wo die Kriegsgefahr mit einem neuen Weltkrieg droht. Wir wenden uns gegen alle Einrichtungen des Betruges und des Werdens, zu dem sich die dem Untergang geweihte Bourgeoisie unter einem großen Aufwand heuchlerischer Phrasen vorbereitet.“

Die Eisenbahnminister der Sowjetunion erklärte, daß die Meldungen einiger ausländischer Zeitungen, wonach mehrere ehemalige Volkskommisare und andere Persönlichkeiten, wie z. B. Kamenew und Sinowjew, verhaftet und deportiert worden seien, erfunden seien, die nicht einmal ein Dementi verdienen. Besondere Bemerkung wurden diese Lügen von den Trotskyisten aufgebracht und sofort von der gesamten sibirischen Presse aufgegriffen.

Die Lügenmeldungen von „Verhaftungen in der Sowjetunion“

Moskau, 27. Dezember. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion erklärt, daß die Meldungen einiger ausländischer Zeitungen, wonach mehrere ehemalige Volkskommisare und andere Persönlichkeiten, wie z. B. Kamenew und Sinowjew, verhaftet und deportiert worden seien, erfunden seien, die nicht einmal ein Dementi verdienen. Besondere Bemerkung wurden diese Lügen von den Trotskyisten aufgebracht und sofort von der gesamten sibirischen Presse aufgegriffen.

Zum Volksminister Chinas in der Sowjetunion ist der frühere chinesische Außenminister und jetzige Delegierte Chinas beim Völkerbund, Dr. Yen, ernannt worden.

Seng-sai Das Rote Kai-feng

AUS DEM CHINESISCHEN

A. Fortsetzung

Nach langem Veraten wurde der Beschluß gefaßt, eine Ermäßigung des Pachtzinses um 70 Prozent zu verlangen. In Fällen, wo die Ernte unter 30 Prozent des Durchschnittsertrages stand, sollten auch die 30 Prozent Pacht entsprechend verringert werden. Bei gütlichem Entschluß würde der Pächter überhaupt nichts zu zahlen brauchen. Diese Resolution wurde mit Stimmeneinheit angenommen.

Am 20. Tage des 7. Monats wurde die Tagung der Bezirksvertreter eröffnet, der über 100 Delegierte und gegen 1000 Gäste beizumischen. Der Vorsitz wurde mir übertragen. Ich schilderte die verzweifelte Lage in den überfluteten Gebieten, ergrätzte Bericht über die Tätigkeit des Bauernbundes und über die im Pleikum anlässlich der Ermäßigung des Pachtzinses stattgefundenen Debatten. Als ich geendet, brach unter den Gästen ein unbeschreiblicher Sturm aus. Die Bauern hatten die Fülle, als ob es schon zum Kampfe ginge. Sie legten sich mit aller Kraft für die Forderung der gütlichen Abschaffung des Pachtzinses ein. Nur mit Mühe konnte die Ordnung wiederhergestellt werden; zuletzt erhielt ich den Antrag, 30 Prozent des Pachtzinses zu erziehen, Stimmeneinheit. Dem Volksgenossenschaft wurde die Ausarbeitung der zur Verwirklichung dieses Beschlusses notwendigen Maßnahmen übertragen.

Am 21. des Monats wurde sie selbst von einem Kommando wiederholt. Das Volksgenossenschaft war mit Arbeit überhäuft; es entsandte in alle Bezirke Propagandisten, die Meetings einberiefen und die Verhältnisse an Ort und Stelle untersuchten. Zugleich veröffentlichte der Ausschuss einen Aufruf an die Bauern Er lautete:

Es ist nicht wahr, daß die Grundherren ihr Land zu haben. Die Vorhaben der Grundherren von heute sind dieses Land uns, den Bauern, mit Gewalt weggenommen. Selbst wenn man gegeben wollte, daß sie es einst gekauft hatten, es doch nicht, daß sie den Kaufpreis ein einziges Mal erlegten,

während die Pächter leibten Jahrhunderte, Jahrtausende lang Zins dafür gezahlt haben. Jeder für Jahr muß der Bauer Kapital in den Boden stecken. Samen, Dünger, Mist, Ackergeräte, alles dies muß er unter großen Kosten anschaffen. Dazu noch unendliche Mühe und schwere Arbeit — dann erst geht der Reis auf. Die Grundherren sind es, die ohne auch nur einen Finger zu rühren, den Löwenanteil des Ernte einheimen. Wieviel Geld haben wir selber, haben die Bauern, unsere Vorfahren, in diesen Boden hineingesteckt! Dieser Saß hat uns ein Unglück heimgeführt. Umsetzer und Bodenbesitzer haben alles, was wir an gebaut hatten, vernichtet. Der Boden, der dem Grundherren gehört, ist an Ort und Stelle geblieben — unsere Mühe und Arbeit aber, das Geld, das wir in diesen Boden hineingesteckt hatten, hat der Wind fortgeweht, das Wasser fortgespült. Und da redet man noch von Pachtzins! Wir müßten den Gutsbesitzer Widerstand leisten, ihnen höchstens drei Zehntel des Zinses zahlen. Diejenigen Bauern aber, die bei den es auch dazu nicht lang, brauchen überhaupt nichts zu zahlen.“

In einem an die Bezirkspolizeimeister gerichteten Rundschreiben wies das Volksgenossenschaft darauf hin, daß etwaige Konflikte zwischen Bauern und Grundherren zur Kompensierung des Zinses, keineswegs aber des Kriminalgerichts gehören, daß die Polizei folglich weder Urteile fällen, noch die Bauern verhaften dürfe. Ferner verlangte der Volksgenossenschaft an alle öffentlichen Körperlichkeiten Chinas Depeschen, in denen er sie um Unterstützung anrief und traf Anstalten zur Einberufung eines Bezirksbauerntages.

In diesem Zeitpunkt war der Bezirk von Hai-feng bereits in zwei Lager gespalten. Die Arbeiter standen vollständig auf Seiten der Bauern. Die Kaufleute verhielten sich größtenteils neutral. Manche unter ihnen, denen es vor kommenden Komplizen

Bauernbundes. Die arbeitslosen, bedürftigen Bauern, die in selber Handgeheim waren, schlossen sich den Grundherren an, weil Beamte und Waffen es schon vordem getan hatten.

Die Studenten hörten gütlich den Familien und Sippen von Grundherren und Beamten an. Durch die Bewegung, die eine Ermäßigung des Pachtzinses antrieb, wurden die wirtschaftlichen Interessen ihrer Familien unmittelbar gefährdet. Diesen Umständen suchten die Grundherren auszunutzen, um die Studenten gegen den Bauernbund aufzufallen. Manche Grundherren nahmen die schlauesten Mittel zum Vordringen, um den Studenten

ihre Söhne und Brüder abzubringen. Daher kam es, daß die Studenten, die dem Bunde anfänglich lebhaft Sympathie entgegenbrachten, ihm nunmehr feindselig gesinnt waren. Ja, manche gingen so weit, daß sie sich zu Spießdiensten für die Grundherren hergaben.

Ma-Chuan-Sin, ein Student der dem Bauernbunde angehörte, Mitglied des Volksgenossenschafts und Leiter der Sektion für Bildungswesen war, und als ständiger, unfähiger Mitarbeiter geschäftigt wurde, begann auf einmal den Bund zu meiden. Darüber befragt, gab er keine Auskunft und suchte um längerem Urlaub an. Auf weiteres Befragen gab er eine Erklärung ab, wozu er gegen den Beschluß, höchstens drei Zehntel des Pachtzinses zu zahlen, Einspruch erhob. Wenige Tage darauf schrieb er auf das Drängen der ihm verwandten Grundherren hin dem Bezirksbeamten Wan-Tso-Tsin einen Brief, in dem er die Beschlüsse des Bauernbundes mißbilligte und diesen außerdem noch der extremen Tendenz beschuldigte. Der Bauernbund antwortete hierauf mit unverzüglichem Einschickung und machte den Fall der Öffentlichkeit bekannt.

Die kleinen Grundbesitzer hatten sich unterdessen aus Angst vor „Scherereien“, wie auch unter dem Zwange der schwierigen Wirtschaftslage mit der Verfassung des Bauernbundes abgefunden und gaben sich mit drei Zehntel des Pachtzinses zufrieden, während die Großgrundbesitzer darangehen, ihren Widerstand systematisch zu organisieren.

Sie schlossen sich mit den Vertretern der Obrigkeit zusammen, an deren Spitze der Bezirksbeamte Wan-Tso-Tsin stand, ließen den alten Schutzverband der Steuerzahler wiedererrichten und kamen häufig zu Beratungen zusammen, die aber streng geheim gehalten wurden.

Die Meinungen zwischen Grundherren und Pächter dauerten unterdessen fort. Die Bauern wollten sich für die Grundherren über die Sache zu beraten. Die Versammlung wurde ab, den 4. Juli anberaumt. Am Abend setzte der Bezirksbeamte Wan-Tso-Tsin eine Besamtmachung, die folgenden Wortlaut hatte:

„Der Pachtzins ist ein Recht, das den Bauern zusteht. Die Bauern sollen auf der Hut sein und sich nicht irreführen lassen, sonst werden sie es bitter erfahren.“

RUND UM DEN ERDBALL

Aus der Sowjetunion

Erweiterung der Tkwibuler Kohlenbergwerke

Um die wachsenden Holzstoffbedürfnisse der lauffähigen Industrie zu decken, wird jetzt eine beträchtliche Erweiterung, Rationalisierung und Mechanisierung der Tkwibuler Bergwerke in der Nähe von Kutais vorgenommen. Auch der Bau einer modernen Antriebsfabrik ist vorgesehen. Die industriell verwertbaren Vorräte von Tkwibul besitzert man jetzt auf 80 Millionen Tonnen. Mit der Kohle von Tzwarzheit (Sudum) vermischt, können sie einen brauchbaren metallurgischen Koks geben.

Erster Schacht im Kursker Anomaliegebiet

Wie aus Woronez gemeldet wird, ist die Abtastung des ersten Schachts, des „Gubkin-Schachts“ Nr. 1, soweit fortgeschritten, daß die stützenden Schichten im Gefrierverfahren abgetäunt und der erste Stollen in 36,5 bis 50 Meter Tiefe angebrochen werden konnte. Anfang Januar soll der Gubkin-Schacht in Ausbeutung treten. Zu der Zeit sollen bereits 76 000 Tonnen Erz gewonnen werden.

Schachtbau in Karaganda

Im Kohlenrevier von Karaganda wird die Inbetriebnahme acht neuer Schächte vorbereitet.

Gorki-Autofabrik baut Personenwagen

Die Autofabrik bei Gorki (Nischni Nowgorod), die bisher Lastkraftwagen baute, hat am 9. Dezember die erste Partie Personenwagen vom Arbeiterband abgesetzt. Die Fabrik ist instand — bei genügender Materiallieferung — 50 000 Personenwagen im Jahre zu bauen.

Elektrizitätserzeugung im November

Die allgemeinen Elektrizitätswerke der UdSSR haben im November 752 Millionen Kilowattstunden erzeugt, um 20 Millionen bzw. 6 Prozent mehr als im Oktober. Die Produktion im Januar bis November stellte sich um 36 Prozent höher als im Vorjahr. Dennoch wurde der Plan bei weitem nicht erfüllt; die Werke erzeugten um 298 Millionen Kilowattstunden weniger als vorgesehen. Die Ursachen der Wenigerproduktion liegen in den vielen Havarien und in schlechter Kohlenverjorgung, ebenfalls in der verpöpteten Inbetriebnahme einiger neuer Kraftwerke.

Elektromaschinen im Ural

Neben der gewöhnlichen Uraler Maschinenfabrik bei Sverdlovsk (Ural-Masch) wird jetzt der Aufbau einer großen Elektromaschinenfabrik geplant, deren Kosten auf 800 Millionen Rubel veranschlagt werden. Die Aufgabe dieses neuen Betriebes ist es, den Wasserkraftwerken, die in den nächsten Jahren an der Wolga, der Rama, am Uraler Tscheljomajskijfluß und an der Angara (Sibirien) gebaut werden, die notwendige maschinelle Ausrüstung zu liefern. Der Stadtplan, der in der Nähe dieser Fabrik gebaut werden soll, ist auf eine Einwohnerzahl von 150 000 Menschen berechnet.

Gute Produktionslage in der Starkstromindustrie

Die Betriebe der WED (Starkstrom-Vereinigung), die schon im Oktober ihren Produktionsplan übertrafen hatten, haben im November ebenfalls mit einer Produktion im Werte von 66,9 Millionen Rubel ihren Plan zu 108,9 Prozent erfüllt. 14 der 19 WED-Betriebe, darunter die größten elektrotechnischen Werke, der WEDSK: Elektrowald in Moskau, die Charfomer elektromechanischen Werke, Dynamo, Elektroapparat u. a. — haben ihre Monatspläne übererfüllt. In den vergangenen 11 Monaten d. J. haben die WED-Werke die Vorjahresproduktion um 32 Prozent übertrafen.

Neue Düngemittelfabrik

Im Iwanowo-Wosnessensker Gebiet wurde der Bau eines neuen Phosphormehlbetriebs begonnen. Die großen Vorkommen von Phosphorit bei Wiatzen, die bis zu 23 Prozent Phosphorsäure enthalten, sichern die Rohstoffverjorgung des neuen Betriebes. Die Produktionsleistung des Werkes ist auf 5000 Tonnen Phosphormehl angelegt.

Teobau im Usurij-Gebiet

Eine Expedition des wissenschaftlichen Instituts für Teobau hat nunmehr festgestellt, daß das Südsibirische (Ferner Osten) für den Teobau durchaus geeignet ist. Das dauernde sonnige Herbstwetter ist auch dem Weinbau, wie auch Pfirsich- und Apfelsinenpflanzungen zuträglich. Das Institut will nunmehr versuchsweise in diesem Gebiet den Anbau südsibirischer Pflanzenarten in Angriff nehmen.

Sowjetrussische Winter-Keiseprogramme

50 Prozent Fahrpreisermäßigung
Esohen sind beim haarklassen sowjetrussischen Fremdenverkehrsamt „Antourist“ Berlin, Unter den Linden 62/63) eine Anzahl reich illustrierter Keiseprogrammhäfte erschienen, die über Keisemöglichkeiten nach der Sowjetunion in diesem Jubiläumswinter der UdSSR orientieren. Die Winterhalbjahr steht mit ihren Veranstaltungen ganz im Zeichen der Staatsfeier „15 Jahre Sowjetmacht“. Die Jubiläumsausstellung und Theater-Festprogramme machen einen Besuch der Sowjetstädte in diesem Winter noch besonders interessant.

Anlässlich des Staatsjubiläums wird ausländischen Touristen neben ermäßigten Winterpreisen auf den Strecken der Sowjet-eisenbahnen eine 50prozentige Fahrpreisermäßigung geboten.

Während des ganzen Winters können im Rahmen von Paßfahrten die Städte Moskau, Leningrad, Kiew, Charkow und Odesa besucht werden, außerdem finden zu bestimmten festgelegten Terminen besonders billige Gesellschaftsreisen für Arbeiter, Angestellte, Ingenieure, Techniker, Architekten, Metzger, Lehrer und Studenten statt. Auch über diese Studienreisen sind ausführliche Keiseprogrammhäfte beim genannten Keisebüro kostenlos erhältlich.

„Werde satt mit wenig Geld“

„Ich Kartoffeln, aber ohne Butter“, das empfehlen sozialdemokratische Metzger!

Immer schlechter wird die wirtschaftliche Lage der Betriebsarbeiter in Deutschland, immer katastrophaler die Lebensverhältnisse der Erwerbslosen und ihrer Familien. Alle Anforterbungsmaßnahmen der Regierung haben bisher nur den einen Erfolg erzielt: es ist noch schlechter geworden. Die Ausweglosigkeit des kapitalistischen Systems erweist sich bei jeder neuen Maßnahme der herrschenden Klasse. Und schließlich bleibt es bei der schönen Geste: „Wir wollen ja so gerne helfen, aber wir können doch nicht.“

Da treten alle die Herrschaften wieder auf den Plan, die uns aus der „großen Zeit“ des Stahlbooms, das weniger gut, den meisten aber sehr schlecht bekommen ist, noch so gut bekannt sind; die da predigen: „Du mußt mit noch viel weniger auskommen, denn es geht dir noch viel zu gut! Und unter armes Vaterland kann nicht so viel Luxus und Wohlleben vertragen.“

Die Leipziger Professoren Sinje und Krue haben es klipp und klar gesagt: Der deutsche Arbeiter ist zu viel und zu gut; das muß sich ändern, wenn das Deutsche Reich weiterbestehen soll. Also: Zurück zur Kriegs-ernährung! Und in diesen Ruf ist der bei den Sozialdemokraten so beliebte Berliner Stadtmobilmannrat Professor v. Drigallik sofort eingestiegen, als er die Vorzüge und Schmachthäufigkeit der Rindfleisch und Wasserfleisch der Berliner Erwerbslosen angelegentlich empfahl. Doch das waren ja nur die Begleitet einer großen Ernährungsreform, die sich jetzt im großen Durchbruch vollzieht. Einer Ernährungsreform, die an die bestehenden Verhältnisse anknüpft und der Arbeiterfrau Vorschläge macht, wie man bei 8 Mark Wochlohnsatzunterstützung immer noch sparen kann.

„Man kann sich mit verhältnismäßig viel Geld unterernähren, und man kann mit wenig Geld satt werden und sich dabei so ernähren, daß der Körper vollkommen gesund und leistungsfähig bleibt.“ Das ist der Inhalt einer Broschüre: „Satt werden mit wenig Geld“, die vom Reichsverein für Volksernährung herausgegeben ist und sich, ein Ernährungsprogramm nennt. „Die deutsche Welt zwingt uns, dafür zu sorgen, das mit dem, was noch vorhanden ist, möglichst viel Gutes geschaffen wird.“

Und dann geht's los: „Wichtig ist ja das Vorurteil in der Bevölkerung verbreitet, eine gesunde Ernährung müsse teuer sein.“ Das ist nach Ansicht der Herren dieses famosen Vereins selbstverständlich ein Irrtum. „Der menschliche Körper benötigt, um seine Funktionen regelmäßig und ohne Störungen erfüllen zu können, also um gesund zu bleiben, ganz bestimmte Mindestmengen der einzelnen Nährstoffe.“ So allgemeinen können diese Mindestmengen mit wenig Geld beschafft werden? Das hat nur einige der folgenden neuen Sätze aus dieser übrigens in den Schulen kostenlos zur Verteilung gelangenden Broschüre.

Selbstverständlich ist der deutsche Arbeiter zu viel: „Die Ernährung ist eine Lebensnotwendigkeit, die Meisterei eine schlechte

Angewohnheit.“ Auf alle Fälle also muß gespart werden und kann gespart werden. Das fängt schon bei der Butter an. Wozu eigentlich Butter? Das ist doch ein ganz überflüssiges Nahrungsmittel. Für die Wertkräften, versteht sich! „Für Butter und Schmalz sind die Kalorien ganz ähnlich, der preisliche Unterschied dagegen ist bedeutend. Eine gleiche Speise mit Butter angerichtet, würde also, nach Kalorien berechnet, denselben Nährwert aufweisen, als wenn man Schmalz oder Margarine verwendet hätte, während sich preislich ein bedeutender Unterschied ergibt. Dieser Mehrpreis ist also lediglich für den Geschmacksunterschied, für den Genüßwert, bezahlt worden. Margarine läßt sich ebenlogut verwenden.“

Kein Wort davon, daß in der Butter ein Stoff, ein Vitamin, enthalten ist, der die englische Krankheit verhüten hilft; kein Wort davon daß der Genüß milderer Margarine aller schwerste Verdauungsstörungen hervorzurufen kann, wenn lange Zeit als Fett nur Margarine gegessen wird. Die 142 angeführten Kochrezepte sind denn auch alle ohne Butter zusammengestellt. Was braucht der Prolet auch schließlich Butter zu essen! Wenn er oft genug schon nicht das Geld hat, um sich Margarine zu kaufen! Da tun's Kartoffeln schließlich auch, Kartoffeln und Fisch, von denen aber nur der Hering in seinen verschiedenen Zubereitungsformen Erwähnung findet.

Schließlich wird bei dieser Art der „Ernährung“ ausgerechnet, daß noch viel viel viel für das Essen ausgegeben wird, und daß hier noch viel gespart werden könne. Wahrscheinlich soll das ein Appell an die Regierung, an die kommunalen Verwaltungen sein, noch weiter an den Unterstützungsätzen abzubauen. Es ist wirklich erstaunlich, daß es immer noch sogenannte „Wissenschaftler“ gibt, die angelehnt der Gelunbheitsfalschprobe der deutschen wertkräftigen Bevölkerung, angelehnt der unerhörten Zunahme der Hunger- und Verhungertode, der englischen Krankheit, der Verschlechterung im Gesundheitszustand der Jugendlichen, beim Auftreten der ersten Fälle von Scharlach und Scharlachtyphus den Mut finden, derartige Vorschläge zu machen.

Und gerade diese Herrschaften sind es, die sich und ihren Familien noch ein wenig abgeben lassen, die auf das Angestrichelte bedacht sind, sich gut und gesund zu ernähren. Und wenn wirklich von ihnen mal jemand krank wird, dann wird der beste Arzt zugezogen, und wenn der eine Maßkur oder einen längeren Aufenthalt in einem schweizerischen Sanatorium empfiehlt, selbstverständlich ist dann Geld genug vorhanden.

Aber hier handelt es sich ja auch nur um Proleten, die können mit Kartoffeln und Hering leben wie der Herrgott in Frankreich. Wenn sie krank werden davon? Bitte sehr! Der Herr Wohlfahrtsarzt wird das schon mit ein paar Pfennigen (Preis 20 Pfennig) in Ordnung bringen, selbstverständlich ohne Unterstützung. Dazu hat man gar keine Zeit.

Dr. med. Wilhelm Schwentz.

52 Bergleute verschüttet

Grubenkatastrophe in UdSSR

Newgor, 27. Dezember. Auf der 300-Meter-Tiefe des Kohlenbergwerks Molatowo im Staat Altai ereignete sich am Samstag eine Explosion, durch die 52 Bergleute verschüttet wurden. Es entwickelten sich giftige Gase, die sich sehr über das ganze Bergwerk verbreiteten und die Rettungsarbeiten außerordentlich erschweren. In den Stollen spielten sich entsetzliche Schreckensszenen ab. Bisher konnten neun Leichen geborgen werden. Man befürchtet, daß auch die übrigen 43 Bergleute durch einströmende Gesteinsmassen oder durch die giftigen Gase den Tod gefunden haben.

Fabrikant überfährt und tötet mit seinem Auto vier Personen

Chemnitz, 27. Dezember. Am zweiten Weihnachtstag ereignete sich auf der Chemnitzer Straße in Limbach ein schwerer Verkehrsunfall. Das Auto eines Limbacher Fabrikanten, das dieser selbst steuerte, geriet in einer langgestreckten Kurve auf den rechten Fußsteig und überfuhr dort vier in gleicher Richtung gehende Fußgänger, und zwar einen Mann, eine Frau und zwei Knaben.

Danach rief der Kraftwagen an eine Gartenmauer, beschädigte diese, fuhr auf dem Fußsteig zwölf Meter weiter und gelangte dann auf den gegenüberliegenden Fußsteig, wo der Kraftwagen einen Gartenmann einhieb und dadurch zum Halten kam.

Die vier Fußgänger wurden durch das Auto zu Boden geschleudert, überfahren und schwer verletzt. Der Mann und ein Knabe starben nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus Limbach. Die Frau und das andere Kind sind ebenfalls im Laufe des Nachmittags ihren Verletzungen erlegen.

Während der Fahrt des Wagens unverletzt blieb, wurden die fünf Mitfahrenden mehr oder weniger schwer verletzt. Die Namen der Getöteten — es handelt sich hauptsächlich um eine Familie — sind noch nicht bekannt. Den schwersten Verletzungen nach ist der Unfall auf grobe Fahrlässigkeit des Kraftwagenführers durch übermäßig schnelles Fahren und Schneiden der Kurve zurückzuführen.

SM. als Fallschirmzener

Die Kriminalpolizei in Rassel verhaftete zwei junge Leute im Alter von 19 Jahren, die in ihrer Wohnung eine Fallschirmzenerwerkstätte betrieben hatten. Sie haben einige Handen, das sie in der letzten Zeit insgesamt, etwa 4000 fallschirmzenermäßige hergestellt haben, die sie zum größten Teil in Süddeutschland abgeben konnten. Die beiden Verhafteten sind Mitglieder der SM.

Aus aller Welt

Erdbeben im Nordwesten von Assam

Der Nordwesten von Assam wurde in den letzten Tagen von mehreren schweren Erdstößen heimgesucht, die von Wädhensbrücken der viktorianischen Durburghilge begleitet waren. Der Einwohner bemerkte die stärkste Gung-Erregung, da sie eine neue Erdbebenkatastrophe, ähnlich der vor drei Jahren, befechtigten.

Ausbruch des Vulkans Aso

Der Vulkan Aso auf der Insel Kjusiu (Japan) entfaltete seit kurzen eine Tätigkeit, wie man sie seit 150 Jahren nicht mehr erlebt hat. Die Feuerfäden reichen bis 300 Meter hoch und bieten einen großartigen Anblick. Schaden ist bisher nicht entstanden.

Dichter Nebel in England

Am zweiten Weihnachtstferstag war England größtenteils in dichtem Nebel gehüllt. In vielen Stadtteilen Londons herrschte mittags nächtliche Finsternis. Der Verkehr der wenigen am Feiertage unterwegs befindlichen Autobusse und Straßenbahnen war erheblich behindert. Der Flugzeugdienst nach dem Kontinent mußte eingestellt werden. Auch im Verneftanal herrschte gestern abend dichter Nebel, und die Dampfer konnten sich unter den Klängen ihrer Sirenen und Nebelglocken nur langsam nach vornwärts bewegen.

Ein Hiesener in Barcelona

Ganzes Warenhaus niedergebrannt

Barcelona, 27. Dezember. In den Mittagsstunden des ersten Feiertages brach im größten Warenhaus Barcelonas, El Ciglo, ein Brand aus, der bei dem herrschenden starken Wind bald riesige Ausmaße annahm. Die Löscharbeiten wurden dadurch erschwert, daß der Wasserdruck der Feuerpistolen sich als zu schwach erwies. Das ganze riesige Gebäude brannte bis auf die Grundmauern nieder. Der Sachschaden beträgt etwa 30 Millionen Peseten. Bei der Bekämpfung des Brandes wurden acht Personen verletzt. Mehr 1000 Angehörige sind durch das Brandunglück betroffen geworden.

In Zukunft will man die alten Eisenröhren, die zum Schutze der Fische vor jeder Spermauer angebracht werden müssen, durch elektrische Schutzstreifen ersetzen. Die Anlage besteht aus zwei Reihen Elektroden, die im Wasser ein Spannungsfeld erzeugen, dessen Keilwirkung die Fische verwehrt. Wenn man bedenkt, daß die Eisenröhren die Wirtschaftlichkeit der Kraftanlagen bedeutend herabsetzen (mehrmalige Säuberung im Jahr, Verminderung der Wassereigenschaft usw.), dann kann man die Neueinrichtung nur begrüßen.

Berichterstatter: Alfred Henrich, Berlin



Keine Schwächen dulden!

Drei Beispiele vom Kampf an der Gewerkschaftsfront... Die nachfolgend aufgeführten Tatsachen, die sich jetzt während der Wahlkampagne zu den Gewerkschafts-Ortsverwaltungen...

Ein solches Beispiel war die kürzlich stattgefunden Ortsverwaltungs Wahl im Fabrikarbeiterverband in Lützen... Am Nachmittag des betreffenden Sonnabends wurde durch die Unterfahler die Mitgliedschaft zu der Generalversammlung...

Nur dadurch, daß die Kommunisten im FAW sofort den ganzen Geist der Schlacht erliefen und eine wirkliche Massenmobilisierung durch verlässliches Anleihen der FAW-Kollegen in wenigen Stunden organisierten, gelang es am nächsten Tage in der Generalversammlung, den Reformisten die gesamte Ortsverwaltung aus der Hand zu nehmen...

Ein anderes Beispiel für schlechtes und ungenügendes Regieren auf solche Heberaufhebungsmomente der Reformisten war die Ortsverwaltungs Wahl im Deutschen Metallarbeiter-Verband Künern... Dort ist die Parteileitung dafür verantwortlich, daß in der letzten Zeit aus Verzögerung etwa 15 Kollegen ihre Mitgliedschaft verfallen ließen...

Die Künernerischen Genossen, nicht einestells auf eine erweiterte innere Gewerkschaftliche Arbeit, laßen so gut wie nichts zur Mobilisierung... Die Folge davon war, daß von 168 Kollegen nur 43 anwesend waren und die Reformisten mit dem durchschnittlichen Abstammungsverhältnis mit 25-15 Stimmen sämtliche Positionen wieder besetzen konnten.

Schließlich sei noch ein drittes Beispiel angeführt dafür, wie wenig ernst unsere Genossen die innere Gewerkschaftliche Arbeit nehmen... Bei den Befriedigungsarbeiten führt die Bürokratie augenscheinlich überall Bestimmungen über einen Lohnsatz auf Lebenszeit durch.

In Verbindung damit werden die Delegiertenwahlen zu den Generalversammlungen in der Regel vorgezogen... Während in Schleswig die Opposition einen vollen Erfolg sowohl bei diesen Wahlen als auch in der einmütigen Ablehnung des Scheitersprechens erzielen konnte, hat die Opposition in Halle völlig versagt.

Hier ist die Bürokratie die Kollegen einfach zu einer Abstimmung auf das Verbandsbüro, wo gleichzeitig auch die Beitragsentrichtung vor sich gehen sollte.

Die oppositionellen Genossen gingen einfach nicht zu der Abstimmung und vernachlässigten so der Bürokratie, ein schändliches Verbandsbüro beschuldigen.

Alle Parteigenossen, AGG-Mitglieder und oppositionellen Gewerkschaftsfolgen müssen aus diesen neuen Beispielen lernen, daß in diesen Tagen unsere Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften zentraler und energiegelader durchgeführt werden muß, wenn es uns gelingen soll, die mit allen Mitteln arbeitenden Reformisten aus den wählbaren Positionen zu entfernen... Unser Vorkampf, der teilweise so glänzende Resultate bereits gezeigt hat, muß fortgesetzt werden!

Was wird der neue Betriebsrat tun?

(Fortsetzung des Artikels vom Sonnabend: „Grube Pflöz, Signal für Wehag und Film“)

Eine Antwort an die reformistische Bürokratie

Nach ihrer ekkantanten Oberlage kommen die reformistischen Bürokraten und die Leute um den abgegangenen Rönig mit neuen Parolen der Zerlegung... Sie sagen: „Nun wollen wir doch mal sehen, was der neue, rote Betriebsrat kann!“

Die Betriebsräte sollen das bald merken, was der rote Betriebsrat kann und zwar wird der rote Betriebsrat alle seine Schritte unter der Kontrolle der Belegschaft tun und nur nach den Interessen der Belegschaft handeln... Die Kollegen sind sich klar geworden, daß sie nur auf der Grundlage folgender Kampfforderungen ihr Amt antreten:

Gegen jeden Lohn- und Gedingebau, ganz gleich, welcher Art!

Überall Wehrüsten



Reichswehrgenerale stärken sich für einen Ritt „gen Osten“!

Während die Vertreter der deutschen Bourgeoisie auf den Abrüstungskonferenzen in Gené neben der Forderung der „Abrüstung“ gleichzeitig die Forderung der Gleichberechtigung der Aufrüstung gegenüber den anderen kapitalistischen Staaten stellen, wird die Reichswehr zu einer hochwertigen Kaderarmee ausgebildet... Überall fanden in diesem Jahre große Manöver statt... Die faschistischen Wehrorganisationen üben ebenso, und über den Weg des faschistischen Arbeitsdienstes versucht die Bourgeoisie das Gros der werktätigen und proletarischen Jugend einzugliedern in die national verhetzte faschistische Militärfront.

Nach 10 Jahren der Ruhrbesetzung,

die am 13. Januar 1923 erfolgte, haben sich die imperialistischen Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten und insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland verschärft... Über die Politik der deutschen und französischen Bourgeoisie, über die Ruhrbesetzung führte, und der Verhältnisse in dieser Zeit, die zur Ruhrbesetzung durch das französische Heer, antimilitaristische Arbeit der Kommunistischen Jugend, Separatistenbewegung, nationale Provokationen durch Schlageter usw., wird die Sondernummer des „Klassenkampf“, die am 13. Januar 1933 erscheint, berichten... Sorgfältig in allen Orten für einen systematischen Massenvertrieb und sofort Bestellungen auf für die „Klassenkampf“-Sondernummer.

Fort mit Versailles!

Ser mit dem dritten Kumpel für jede Kameradschaft zur Erreichung von besserem Gedinge und höheren Löhnen! Für die Beilegung aller Feiertagslösen oder für volle Bezahlung der Feiertagslöhne!

Diese Kampfforderungen sind es gewesen, die vor der Betriebsratswahl aufgestellt wurden! Ein Fehler war, daß sie nicht betrieblich ergänzt wurden... Es besteht kein Zweifel darüber, daß sich diese Forderungen nicht durch Verhandlungen durchsetzen lassen, sondern, daß sie eine Frage des Kampfes der gesamten Belegschaft sind.

Im Zeichen der Kampfmobilisierung sind die roten Betriebsräte gewählt.

Im Zeichen der Kampfmobilisierung werden sie stets handeln! Die Reformisten sollen wissen, daß die neugewählten roten Betriebsräte auf Pflöz bei Amtübernahme folgende Mindestforderungen vertreten:

Die Betriebsleitung hat dem Arbeiterrat ein Zimmer mit verhältnismäßig Schränken anzuschaffen und Betriebsratstages und Sekretariat zur Verfügung zu stellen!

Die Betriebsleitung hat sofort unter Tage verhältnismäßige Wehrtüren anzubringen... Die jetzigen Zustände sind geradezu katastrophal!

Der Betriebsleitung wird klar gemacht, daß der Arbeiterrat mit allen Mitteln gegen die Verhängung der Strafen eintreten wird... Rote Arbeiterräte werden keine Straftaten unterzeichnen! Die Betriebsleitung möge ferner davon Kenntnis nehmen, daß der Arbeiterratsvorsitzende alle Beschlüsse aus den Sitzungen durch Protokoll zum Ausdruck bringen wird.

Die Gewerkschaftsbürokraten versuchen, einen Keil zwischen die Kollegen, die bei dieser Wahl noch reformistisch wählten, und die Wehrheit der Belegschaft zu treiben.

Das darf ihnen nicht gelingen... Die Kollegen, die im Bergbau-Industriearbeiterverband organisiert sind, müssen für die kämpfende Einheitsfront gewonnen werden... Die roten Betriebsräte werden ihr Augenmerk darauf legen, daß die Oppositionsarbeit im Bergbau-Industriearbeiterverband mit allen Kräften gefördert wird.

Was trennt die Arbeitskollegen, die im Verband organisiert sind, von den AGG-Kollegen und der übrigen Belegschaft? In der Tat — nichts! Die gemeinsame Not gebietet den gemeinsamen Kampf! Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Grube Pflöz wollen keine Streikbrecher sein... Sie haben nur noch den Glauben, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie vielleicht doch noch einmal für ihre Interessen eintreten werde.

Die Wahl auf der Grube Pflöz macht zur besseren innere Gewerkschaftlichen Arbeit auf der ganzen Linie... Der rote Sieg auf dieser Grube muß uns anporren, noch mutiger, noch präziser die neu bevorstehenden Betriebsräte wahlen durchzuführen!

Am 13. Januar feigen die Betriebsräte wahlen bei der Wehag Halle... Am 7. und 8. Februar in der Film Wolfen Pflöz war das Signal! Es muß seinen Wiederhall finden in den Wehag-Betrieben, in der Film und allen anderen Betrieben Mitteldeutschlands.

Rentenzahlungen in Weihenfels

Weihenfels. Die Zahlung der Renten erfolgt für Rentnerempfänger am 29. Dezember, normiert von 5—12 Uhr... für Invaliden- und Unfallrentner am 30. Dezember, normiert von 8—12 Uhr, an den Schaltern der Post.

Die Zahlung der Sozialrente erfolgt am 2. Januar 1933 und für Kleinrentner am 31. Dezember 1932 im Verwaltungsgebäude Leopold-Keil-Strasse.

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

Juno ist die rechte Helferin.

weil sie mit dem würzigen Aroma ihrer herrlichen Tabake und der köstlichen Frische ein wenig Freude in den grauen Alltag bringt.

Diese Vorzüge der

JUNO

von Qualitäts-Rauchern gerühmt und anerkannt,

sind allen Freunden der guten Josetti-Cigarette so wichtig, daß sie bewußt Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickereien ablehnen!

Vertrauen Sie ihr!



An alle Mitglieder der Partei, der Massenorganisationen und an die Leser des „Klassenkampf“

220000 Stimmen im Bezirk Halle-Merseburg!

36000 allein in der Stadt Halle

Konnte die Kommunistische Partei Deutschlands am 6. November zählen. Gegenüber der letzten Reichstagswahl eine starke Steigerung unserer Stimmen. Ein Beweis für die organisatorische und agitatorische Kraft der kommunistischen Partei und ihrer Presse.

Was sagt uns aber diese Zahl im Zusammenhang mit dem Inseratenteil unserer Presse? Daß er bei weitem nicht dem gewaltigen, ununterbrochen wachsenden Einfluß der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer Presse entspricht!

Heute noch lehnen es viele Geschäftsleute aus wenig stichhaltigen Gründen ab, im „Klassenkampf“ zu inserieren. Wie wir bereits anlässlich der letzten Reichstagswahl zum Ausdruck brachten, besteht die Aufgabe jedes kommunistischen Wählers nicht nur darin, mit der Kommunistischen Partei den Kampf politisch, sondern gleichzeitig auch im Interesse unserer Zeitung wirtschaftlich zu führen. Deshalb muß es jedes Mitglied der Partei und der Massenorganisationen, jeder Leser des „Klassenkampf“, überhaupt jeder kommunistische Wähler grundsätzlichlich ablehnen, seine Einkäufe bei solchen Geschäftsleuten zu tätigen, die die Masse der kommunistischen Wähler als Käufer wohl zu schätzen wissen, aber gegenüber der kommunistischen Presse Mittel und Wege zu deren Ausschaltung suchen.

Es gilt also, nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche, d. h. Käuferdisziplin zu wahren. Deshalb keinen Pfennig dem Geschäftsmann, der nicht bei uns inseriert! Rechnet scharf auf den Inseratenteil unserer Presse und handelt ganz besonders jetzt strikte nach dieser Anweisung.

Die Geschäfts-Kommission der Bezirksleitung KPD Halle-Merseburg und der Massenorganisationen

Das Reichsbauernkomitee zum Vertrieb der „Illustrierten Bauernzeitung“

Das Reichskomitee erkennt die gewaltige Bedeutung der „Illustrierten Bauernzeitung“ für die politische Festigung der Bauernbewegung, für den Austausch von Kampferfahrungen, für das Eindringen in die bäuerlichen Massen, die noch unter dem Einfluß gegnerischer Organisationen stehen. Aus dieser Erkenntnis heraus verpflichtet das Reichsbauernkomitee alle Orts- und Gebietskomitees, für die weitestgehende Verbreitung der „IBZ“ Sorge zu tragen und gleichzeitig Dorkkorrespondenten zu finden, die regelmäßig Berichte über das Leben und den Klassenkampf im Dorfe an die Redaktion senden. Ein Mitglied jedes Bauernkomitees soll die besondere Verantwortung für die „IBZ“ übernehmen. Jedes Mitglied des Komitees, aber auch jeder, der sich zum Bauernring rechnet, soll Abonnent der „IBZ“ sein.

Wohin wird das Wetter?

Donnerstag: Bismäßig trübes Wetter. Im Harz und südlich des Gebirges stellenweise ungewöhnliche Niederschläge, Temperaturen wenig verändert.

Table with 2 columns: Pegelstand der Saale, Pegelstand der Elbe. Lists locations like Trotha, Bernburg, Calbe and water levels.

Im Kampf um Brot, Kartoffeln und Kohlen

Erfolgreiche Aktionen der Erwerbslosen — Demonstrationen und Polizeihäufchen

Auf dem Stempelamt krepirt

In Ronneberg bei Muppertal ereignete sich kurz vor dem sogenannten „Fest der Viehe“ der 79 Jahre alte Erwerbslose Schriftsetzer, der trotz seines Alters und seiner Krankheit den Weg zum Stempelamt zweimal in der Woche zurücklegen mußte, bis er auf dem Stempelamt tot zu Boden fiel. Dort küßte er Hundstungen liegen, bis die Polizei, die ihn trotz seiner Krankheit und dem Summknäuel gegen die Erwerbslosen bei der Hand ist, zu dem Abtransport des vor Hunger und Entkräftung amgelommenen Proleten nicht kompetent sei. Schließlich packte man den 79 Jahre alten Arbeiter wie ein krepirtes Stück Vieh auf einen Handwagen. Das ist das Los deutscher Proletarier. Diesen Weg werden noch viele gehen müssen, wenn sie nicht in gemeinsamer Front kämpfen gegen Hunger, Not und Frost.

der kleinen Milchhändler im Interesse der Großhändler, Junfer und Großbauern.

Im Juni hat der Preussische Landtag mit den Stimmen der Nationalsozialisten einen kommunistischen Antrag beschlossen, der verlangt, daß vieles volksfeindliche Reichsmilchgesetz in Preußen nicht durchgeführt werden soll.

In Saarbrücken überbrachten die Delegierten der Erwerbslosen ihre Winterhilfsforderungen im Rathaus. Vor dem Rathaus demonstrierten hundert die Erwerbslosen zur Unterstützung ihrer Delegierten. In Dillingen und Brebach führten die Erwerbslosen Demonstrationen durch, an denen sich Hunderte von Erwerbslosen beteiligten.

Die Kommislarregierung beschloß diesen Beschluß des Landtages nicht, erließ vielmehr im Oktober d. J. verschärfte Durchführungsbefehle. Daraufhin hat die kommunistische Fraktion einen Geleitentwurf eingebracht, der die Durchführung des Milchgesetzes in Preußen unterlag. Nachdem nunmehr eine gesetzliche Festlegung gegen das Milchgesetz erfolgen soll, könnte aber die Verabschiedung im Landtagsausschuß des Landtages am 15. Dezember 1932 in gemeinsamer Front mit den Deutschnationalen, Zentrum und Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag.

Neue Polizeiaktionen

Am 23. Dezember wurde in Colditz i. Sachl. eine legale Sitzung der kommunistischen Partei im „Tiergarten“ ausgeschrieben. Angehört sollten in dieser Sitzung „Maffen“ verteilt werden. Ein Heberallkommando der Leipziger Weisner-Polizei umstellte den Versammlungsort und nahm alle Teilnehmer fest. Es wurde natürlich nichts gefunden. Die Arbeiter demonstrierten gegen diesen unerhörten Heberfall.

Billige Ferienwoche im Hallischen Zoo

Wir gern möchten die Eltern mit ihren Kindern gemeinsam den Zoo besuchen und wie selten bietet sich in der Schulzeit Gelegenheit dazu. Am besten trägt es noch während der Ferien und ganz besonders jetzt zwischen den Feiertagen. In dieser Zeit ist mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage der Eintrittspreis sogar bedeutend herabgesetzt worden, so daß es jedem möglich sein dürfte, seinen Kindern die Freude eines Zoo-Besuches zu machen.

Im Streik gegen Maßregelung eines roten Betriebsrates

Der Kampf der Schlägerarbeiter bei der Firma Engels & Co. in Golling gegen die Maßregelung eines roten Betriebsratsmitgliedes hat sich verschärft. Wegen des Willens des Betriebsratsmitgliedes des DMB Befehl die Betriebsrat des Konzernbetriebs Schöberg in geheimer Abstimmung den Solidaritätsstreik zur Unterstützung der Schlägerarbeiter. Auch diese Betriebsrat stellte eigene Forderungen auf und wählte eine Kampfkommision, die aufs engste mit der freitenden Betriebsrat zusammenarbeitet.

Ihre bisherigen Worte gegen das Reichsmilchgesetz haben die Nazis damit selbst als verlogene demagogische Phrasen entlarvt. Allein die kommunistische Partei steht an der Spitze des Kampfes der arbeitenden Massen gegen das Reichsmilchgesetz.

Nazis für Durchführung des Reichsmilchgesetzes

Gegen die Durchführung des Reichsmilchgesetzes hat die kommunistische Fraktion im Preussischen Landtag einen Geleitentwurf zur Beratung gestellt. Das Reichsmilchgesetz dient Befähigung der Verteuerung der Milch für die Konsumenten, der Abdrosselung der bäuerlichen Viehwirtschaft und der Verdrängung

der kleinen Milchhändler im Interesse der Großhändler, Junfer und Großbauern.

Wir gern möchten die Eltern mit ihren Kindern gemeinsam den Zoo besuchen und wie selten bietet sich in der Schulzeit Gelegenheit dazu. Am besten trägt es noch während der Ferien und ganz besonders jetzt zwischen den Feiertagen. In dieser Zeit ist mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage der Eintrittspreis sogar bedeutend herabgesetzt worden, so daß es jedem möglich sein dürfte, seinen Kindern die Freude eines Zoo-Besuches zu machen.

Walhalla

8 Uhr
Wieder ein Schläger
Frühling
in Halle
Coerter in 3 Akten

Stad-Theater

8 Uhr bis 9 Uhr
Dornschaden
10 bis gegen 22 Uhr
Friedemann Bach
Oper v. H. Gieseler

Herrn- und Damen-SALON

Otto Schlenstedt
Bitterfeld

Fetteringe

10 Stück nur 25
Fetteringe, mittel 10 St. 48
Vollfetteringe, groß St. 8
Saure Gurken 1 Stück 5
Senfgurken 1 Pfd. 28
Gewürzgurken 1 Pfd. 28
Sardellen 1/4 Pfd. 18
Käpern 1/4 Pfd. 20
Perlwiebeln 1/4 Pfd. 18
Mayonnaise 1/4 Pfd. 12
Fleischsalat (m. ca. 25%
Cürke) 1/4 Pfd. 10
Heringsalat 1/4 Pfd. 10
Edamer 20% ig, 1/4 Pfd. 17
Zwiebeln 1 Pfd. 8
Konservmilz (50%
Fleischgehalt) 1 Pfd. 38

Hut-Haus GUTERMUTH

Hüte, Mützen, Herrenartikel
ALTER MARKT 4

Vervielfältiger - Zubehör

nur von **Große & Witten**
Leipziger Straße 48/49

Tag für Tag

erinnert den Geschäftsmann bei Euren Einkäufen an den „Klassenkampf!“

EIER

(Kühlhaus)
Stück 7
Niedermeier
G. m. b. H.
Diese Preise gelten nur für unsere Säulen in Halle

Arbeiter-Konsumverein für Lützen u. Umg.

c. O. m. b. H. Lützen

Bilanz per 30. Juni 1932		Bilanz per 30. Juni 1932	
Umlauf	2.811,00	Referenzfonds	32,25
Umlauf	208,00	Umlauf	2.422,73
Umlauf	798,54	Umlauf	117,95
Umlauf	661,05	Umlauf	1.845,76
Umlauf	32,10	Umlauf	4.506,69
Umlauf	4.506,69		

Erübrigungs- und Verteilrechnung per 30. Juni 1932		Erübrigungs- und Verteilrechnung per 30. Juni 1932	
Umlauf	645,71	Umlauf	4.506,69
Umlauf	1.311,42	Umlauf	5,96
Umlauf	245,89		
Umlauf	475,30		
Umlauf	1.845,76		
Umlauf	4.841,05		

Die Bilanz einschließlich Erübrigungs- und Verteilrechnung ist von uns geprüft und mit den Säulern in Übereinstimmung gefunden. Lützen, den 23. August 1932.

Der Vorstand:
E. Witter, W. Rein, D. Schick

Chemiker, wählt rote Betriebsräte

Erkämpft euch überall das Recht der Neuwahl eurer Betriebsvertretung

Der Dreibund Staat - Unternehmern - Gewerkschaftsbürokratie

Die Weimarer-Regierung, toleriert von der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie, hat bekanntlich neben den ungeheuerlichen Notverordnungen zum Abbau des Lohnes und zur Beschneidung der Lebenslage der Werktätigen im Dezember 1931 diktiert, daß die im Frühjahr 1932 fällig gewesenen Betriebsratswahlen unerleblich, die Amtsdauer bis 1933 verlängert wird. Der damalige Reichsarbeitsminister, der Zentrumsparasit, Siegermann, gab dazu folgende Begründung:

„Ungeachtet der wirtschaftlichen Notlage erscheint es geboten, diese Wahlen, die mit weitgehender Nutzung in den Betrieben und mit Kosten für die Arbeitgeber und Gewerkschaften (!) verbunden sind, zu verschieben.“

Reichsarbeitsblatt vom 25. 12. 1932.)

Diese Maßnahme der Weimarer-Regierung ist auf Betreiben des im August/September 1931 fastgescheiterten Gewerkschafts Kongresses des RGO angeordnet worden. Das Unternehmertum war davon so begeistert, daß das „Berliner Tageblatt“ am 22. Dezember 1931 darüber mitteilte:

„Die Anregung zur Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte auf drei Jahre ging von den Bergarbeiterverbänden (!) aus, die bei den letzten Betriebsratswahlen im laufenden Jahre durch

die Stabilisierung erhebliche Verluste erlitten hatten. Wahrscheinlich hat sich die Regierung zu dieser Maßnahme aus denselben Gründen entschlossen. Sie glaubt damit die politische Unruhe, die sich gewöhnlich in der meistens 3-4 Wochen dauernden Wahlvorbereitungszeit in den Betrieben bemerkbar macht und gerade jetzt eine gefährliche Form anzunehmen droht, unterdrücken zu können.“

So spielte der Dreibund: Staat, Unternehmertum und Gewerkschaftsbürokratie gegen die Arbeiterklasse zusammen, um für 1932 die Betriebsratswahlen und die Vertretung des Einflusses der RGO unterdrücken zu können.

Für diesen Dreibund handelte es sich damals in erster Linie um die reibungslose Durchführung der Lohnabbau-Planwirtschaft und die Gewerkschaftsbürokratie zeigte sich hier in unbedenklicher Weise in ihrer Rolle als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse.

Die reformistischen Betriebsräte zeigten sich denn auch schon bei den Januarwahlenbewegungen, insbesondere in den Bergbetrieben als willige Kaskaden der IG-Kräfte. Wir erinnern nur an die Rolle, die ein Spitzen in Bitterfeld und die ein Wasser im Leuna-Wert gespielt haben.

Die erste Betriebsratswahl in der Chemie, die in diesem Jahre ansteht, wird in dem chemischen

Großbetrieb der Filmfabrik Wolfen am 8. Februar stattfinden.

In Wolfen eine umfassende Einheitsfrontkampagne gegen die Unternehmerrückfälle, gegen Kapitalismus und die verräterische Gewerkschaftsbürokratie wird die Wahl, wie auch alle anderen Betriebsratswahlen im Frühjahr 1933 leben.

Für unseren Bezirk gewinnt darum die Betriebsratswahl in der Filmfabrik Wolfen eine außerordentlich große Bedeutung.

Wie wir erfahren, wird in den ersten Januartagen bereits eine Einheits-Konferenz in dem Betrieb gemäßigten Delegierten dieses chemischen Großbetriebes stattfinden, um auf dem Boden eines einheitlichen Kampfesprogrammes aus dem Betrieb, auf dem Boden der roten Einheitsfront eine rote Einheitsliste aufzustellen, deren Kandidaten bereit sind, an der Spitze der Delegierten für dieses einheitliche Kampfesprogramm einzutreten.

Während der Vorbereitung dieser Delegiertenkonferenz gilt es, der gesamten Belegschaft die Bedeutung der politischen Lage zu zeigen und die Notwendigkeit der Schaffung der roten Einheitsfront gegen den Kapitalismus und die verhärteten Lohnraubpläne der IG-Gewaltigen klar zu machen.

Keine Stimme der Elke der Nationalfaschisten! Keine Stimme den Reformisten! Alles für den Sieg der roten Einheitsliste!

Griesheimwert, ein zweites Bitterfeld?

Arbeiterkorrespondenten schreiben aus den Griesheim-Betrieben Bitterfeld - Für uns der Staub und der Dreck, für die „Herren“ Hausen und Zypressen auf unsere Kosten! Verhindert Maschinenend!

Unklaubliches Spiel mit Menschenleben

(Arbeiterkorrespondenz, Wert S 10)

Die vielen Unfälle, welche in der letzten Zeit auf den chemischen Werken stattgefunden haben, veranlassen uns, auch etwas über das Wert S 10 zu schreiben, und zwar in bezug auf Behandlung der Sauerstoffflaschen.

Der Ingenieur Radwiz, welcher diese Abteilung unter sich hat, scheint es mit Verbrechen nicht so genau zu nehmen. Die Sauerstoffflaschen, welche man zur Abstellung Schweißerei benötigt, hat man jetzt aus einem Schuppen herausgenommen und hat sie in eine frühere Chlorlampe geschafft. Die Flaschen müssen erst auf eine 1/2 Meter hohe Rampe gehoben werden und dann erst in den Raum, wo es ganz feil runter geht. Wenn nun Schweißerei gefüllte Flaschen holen, sind sie immer der Gefahr ausgesetzt, daß sie abhürzen und eine Flasche dabei explodieren könnte. Also ein gefährlicher Transport. Sehr gefährlich ist der Transport bei nassem Wetter, bei Frost oder bei Schnee. Hier kann es sehr leicht vorkommen, daß man abrutscht und eine Flasche in die Luft fliegt.

Das Ende wäre, daß Arbeiter zerissen würden oder ihre Gesundheit aufs Spiel setzen.

Wir Schweißerei verlangen, daß für die Sauerstoffflaschen ein anderer Raum bereitgestellt wird. Wir verlangen, daß jeder sofort Abhilfe geschaffen und kein Menschenleben unnützlich geopfert wird.

Das Unglück in Bitterfeld gibt uns genug zu denken, wo zwölf Arbeiter für die Chemiefabrik ihr Leben opfern mußten.

Kaltes Badewasser ist gut genug für uns

(Arbeiterkorrespondenz Kraftanlage S 10)

Bei uns in der Kraftanlage, Wert S 10, hat der Oberingenieur Radwiz sehr wenig soziales Bewußtsein. Die Saube und Frischwasserzweige (genannt die Wartung) der Arbeiter sind in einem hundertprozentigen Zustand. Die Warmwasserzuleitung ist viel zu schwach, so daß die Arbeiter bei Schichtwechsel, wenn sie sich alle waschen oder baden, fast kein warmes Wasser haben und sich im kalten

Wasser waschen und baden müssen. Ferner ist in dem Frischwasserzweig immer ein mächtiger Protest, so daß die Wände und Decken ganz naß sind und das Wasser von der Decke herunterläuft. Man findet keinen anständigen Platz, wo man sich hinstellen kann.

Wir Arbeiter von der Kraftanlage verlangen, daß hier möglichst schnell Abhilfe geschaffen wird. Profit holt man genug aus

Brauerarbeiter-Delegierten-Konferenz am 1. Januar!

Kampfmobilisierung gegen alle tariflichen Verschlechterungen

Am Sonntag, dem 1. Januar, 9.30 Uhr, findet in Halle, im Lokal „Nottrout“, Universitätsring, eine Brauerarbeiter-Delegiertenkonferenz für den Bezirk statt. Die Belegschaften aller Brauereien entsenden nach erfolgten Belegschaftsversammlungen ihre Delegierten nach Halle. Die Finanzierung der Delegierten wird durch die Belegschaft sichergestellt. Keine Brauerei, keine Filiale darf fehlen. - Merseburg, Weißenfels, Sangerhausen, Schkottitz, Bitterfeld, Wittenberg, kurzum alle müssen vertreten sein. Darüber hinaus sollen die Zahlstellen des „Denag“ ihre Delegierten entsenden. Sämtliche Delegierten müssen mit einem Ausweis versehen sein. RGO, IG Nahrung.

unseren Knochen heraus, also haben wir auch ein Recht auf menschenwürdige Zustände.

Im Chromat wird reine gemacht!

(Arbeiterkorrespondenz)

Wir Arbeiter im Chromat waren in den letzten Tagen dieser Sprachlos. Was ging da vor? Wurde doch im Chromat alles sauber gemacht und sogar alles geputzt. Wir dachten erst, die Betriebsleitung hätte Einsehen mit unserer Gesundheit gehabt, denn der viele Staub ist bestimmt nicht gut für die Gesundheit der Kollegen. Aber das war nicht der Fall.

Es sollte Reingehalten kommen. Damit kein hohen Beschäftigten Staub in den Mund fällt, darum mußte eben alles sauber sein.

Könnte nicht im mer ein Arbeiter eingestell sein, welcher diese Arbeit laufend verrichtet? Dann wäre die Gesundheit der Kollegen nicht so sehr aufs Spiel gesetzt. Aber das müssen wir uns durch unser geschlossenes Kulturrein erkämpfen. Sonst geht das so weiter auf Kosten unserer Knochen.

Aber im Kasino geht's hoch her...

(Arbeiterkorrespondenz Säure)

Es ist das öfters vorgekommen, daß die Herren ein „gemütliches Beisammensein“ veranstalteten, wo es natürlich immer hoch herging bei Wein und Sekt. Die Arbeiter, welche um 10 Uhr nach Hause gehen und die, die um 10 Uhr anlangen, müssen an diesem Kasino vorbeigehen. Sie können sehen, wie es dort im Kasino getrieben wird.

Mit zusammengehaltenen Häufchen und zusammengeklappten Fächern verfluchen sie die ganze Gesellschaft, welche auf Kosten der Proleten den Wein und den Sekt in den Rücken hinunterließen lassen.

Mit Recht lagen die Arbeiter, wir haben nichts zu essen und anzusehen und jene freffen und laufen nach der „gottgemachten Ordnung“. Besonders auffallend war dies am Freitag, dem 16. Dezember. Anscheinend haben die Herren die Wirtschaftsbekämpfung verlossen oder auf das Wohl und Wehe der Schleicher-Rebe einen gehoben.

Als wir Arbeiter dann nach 10 Uhr aus der Fabrik gingen,



konnte man die Sauffumpen herumspazieren sehen. Da hielt immer einer den anderen fest, damit sie keinen Knechtstüber magten.

Wir Arbeiter sagen den Herren: Weilsicht werden wir Arbeiter einmal das ganze Kasino aufräumen. Setzt sich uns auch klar, warum so oft dort „eingebrochen“ wurde... Und dann sagt man immer, die Proleten seien „eingebrochen“ und bei den Proleten wird dann Hausreinigung gemacht.

Am 1. Januar werden wieder mehrere Doktoren entlassen und in den Ruhestand versetzt. Damit den Herren Doktoren der Abschied nicht so schwer fällt, hatte man für Montag dieser Woche eine Abschiedsfeier veranstaltet. Unter anderem wird auch der Vertrauensmann Dr. W. aus Abteilung Phosphor mit entlassen. Wählt überall vorbereitende Kampfkommunisten! Nur die selbst kann euch wehren gegen jeden Lohnraub, jede Verschlechterung! Bereitet die Betriebsratswahlen vor!

Bereitet die UB-Konferenzen der RGO vor

Zur besseren Konzentration der Kräfte der RGO auf die wichtigsten Betriebe und Industriegebiete wird eine Reorganisation des Bezirkes durchgeführt. In der ersten, zweiten und dritten Januarwoche wird der gesamte Bezirk durchgearbeitet.

Die ersten Unterbezirkskonferenzen finden statt:

Für den UB Golpa-Zichornwitz: Am Sonnabend, dem 7. Januar, 20 Uhr, in Golpa. Es müssen daran teilnehmen die DR Golpa, Zichornwitz, Döben und Grödenhainichen.

UB Eisenburg: Am Sonnabend, 7. Januar, 20 Uhr, in Eisenburg. Es nehmen daran teil die Betriebsgruppe der DÖZ und alle RGO-Kollegen aus den Orten um Eisenburg.

UB Falkenberg: Am Sonnabend, dem 7. Januar, 20 Uhr, in Falkenberg. Die Betriebsgruppen Eisenbahn und Landbetriebe und die Ortskomitees Lemfel, Zichardt, Güntheritz, Badrina, Hohenstein, Wiedemar, Reußen und Landsberg müssen ausgen sein.

UB Dessau: Am Sonntag, dem 8. Januar, 9.30 Uhr, in Dessau. Dazu die Ortskomitees Reismann, Hehu, Plumburg, Dommitzsch, Köberschlag, Rietzsch, Oberandenberg, Schildau, Stimpf, Jigundau, Falkenberg 6, Trofje.

UB Torgau: Am Sonntag, dem 8. Januar, 9.30 Uhr, in Torgau. Dazu die Ortskomitees Reismann, Hehu, Plumburg, Dommitzsch, Köberschlag, Rietzsch, Oberandenberg, Schildau, Stimpf, Jigundau, Falkenberg 6, Trofje.

UB Wittenberg: Am Sonntag, dem 8. Januar, 9.30 Uhr, in Klein-Wittenberg. Es müssen daran teilnehmen sämtliche Betriebsgruppen der Chemiefabrik und die Ortskomitees Witten-

berg, Jähna, Döben und Remberg. (Ansburg gehört vorläufig noch dazu, wird aber selbständig.)

UB Bitterfeld: Am Sonntag, dem 8. Januar, 9.30 Uhr, in Bitterfeld. Dazu gehören sämtliche Betriebsgruppen und die Ortskomitees Breina, Jägerndorf, Greppin, Holzweißig, Sandersdorf, Wolfen, Jörbis, Friedersdorf, Niemegk, Kölsch und Jörbis.

UB Leuna: Am Sonntag, dem 8. Januar, 9.30 Uhr, in Merseburg. Dazu die Betriebsgruppe Leuna und die Ortskomitees Leuna, Dürrenberg, Leuthardt, Gaddula, Altanfahnd, Döbels-Schlegelwitz, Köthen, Rattmannsdorf, Corbecha, Wengelsdorf, Spergau, Großlehna, Kölschan, Lauchstädt, Niederelbican, Müzza und Dölsch am Berge.

UB Weißenfels: Am 8. Januar, 9.30 Uhr, in Frankleben. Es nehmen daran teil alle Betriebsgruppen und die Ortskomitees Weißenfels, Köthen, Rattmannsdorf, Corbecha, Wengelsdorf, Spergau, Großlehna, Kölschan, Lauchstädt, Niederelbican, Müzza und Dölsch am Berge.

Die Konferenzen müssen gut vorbereitet werden. Die Tagungsorte sind dem Bezirkskomitee mitzuteilen. Alle verantwortlichen Funktionäre müssen von den UB- und Ortskomitees zu diesen UB-Konferenzen eingeladen werden. Vor allen Dingen die Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Bezirkskomitee der RGO, Abt. Org.

